

Autonomie muß genutzt werden

Villa-Hügel-Gespräch des Stifterverbandes: Suche nach Auswegen aus der Hochschulkrise

Von BRIGITTE LINDEN
Essen - Die Universitäten sind in die Durchschnittlichkeit abgesunken, sie geben sich damit zufrieden, den gegenwärtigen Zustand der Überlast - 1,69 Millionen Studenten teilen sich in den alten Ländern 810 000 Studienplätze - auszuhalten. Mit solch provokanten Thesen heizte der Konstanzer Wissenschaftstheoretiker, Professor Jürgen Mittelstraß, beim diesjährigen Villa-Hügel-Gespräch des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft die Diskussion an, zu der sich über 50 Professoren, Wirtschaftsleute und Politiker sowie eine Studentin am grünen Tisch versammelt hatten. Unter dem Motto „Wozu Universitäten - Universitäten wohin?“ wurde die gegenwärtige Lage des deutschen Hochschulwesens analysiert und nach Problemlösungen gesucht.

Mittelstraß kritisierte sowohl die Hochschulpolitik, die auf dem Offenhalten der Universitäten beharre, ohne für eine entsprechende personelle und sächliche Ausstattung zu sorgen, als auch die Hochschulen selbst, die es zuließen, daß immer mehr beliebige Fachlichkeit in Studiengänge und Prüfungsordnungen eindringe, so daß viele Fächer kaum noch studierbar seien.

Angesichts der vorliegenden Konzepte zur Strukturreform der Universitäten warnte Mittelstraß davor, diese zu reinen Lehranstalten umzuformen. Eine Lösung der institutionellen Krise sei nur möglich, wenn die Fachhochschule zur Regelhochschule würde. Mittelstraß plädierte für die Auslagerung von Teilen der Rechtswissenschaften, der Betriebswirtschaft, der Zahnmedizin sowie auch der Geisteswissenschaften - etwa Fremdsprachenausbildung, Touristik- und Medienstudiengänge - in die FH. An den so gesundgeschrumpften Universitäten könne dann wieder im Humboldtschen Sinne geforscht und gelehrt werden.

Um mehr Qualität und Effizienz in die Universitäten zu bringen, regte Mittelstraß an, daß Grundausstattungsmittel im Wettbewerb - etwa für ein bestimmtes Forschungsprojekt - vergeben werden sollten. Für die Großforschung wünscht er sich eine stärkere Anbindung an die Universitäten. Außerdem könnten - so sein Vorschlag - etwa das Kernforschungszentrum Karlsruhe und das Forschungszentrum Jülich in Technische Universitäten mit eingeschränktem Forschungsprofil verwandelt werden.

In der Diskussion wurde dann von mehreren Seiten versucht, das gezeichnete düstere Bild etwas aufzuhellen. Wer mit seinem Examenszeugnis die Hochschule verläßt, so hieß es, sei nach wie vor gut ausgebildet. Allerdings machte die Wirtschaft deutlich, daß sie sich jüngere

Universitätsabsolventen wünscht, die dennoch bereits in Form von Praktika Einblicke in die Arbeitswelt gewonnen und ihre Sprachkenntnisse bei Auslandsaufenthalten erweitert haben. Sie sollen zu eigenständigem Lernen ebenso wie zur Teamarbeit befähigt sein und auch im Berufsleben konsequent wissenschaftlich auf dem neuesten Stand bleiben. Der Präsident der Universität Würzburg, Professor Theodor Berchem, wehrte sich jedoch gegen Forderungen aus der Wirtschaft, die Universitäten sollten ihr Forschungs- und Lehrprofil jeweils den Erfordernissen des Marktes angleichen.

Für sein Fach, die Romanistik, machte Berchem den Vorschlag, im Grundstudium ein festes, verschultes Programm zu bieten und in der zweiten Phase die Zügel lockerer zu lassen, so daß Schwerpunkte gesetzt werden können. Mit einer solchen Lösung wäre gewiß auch die Karlsruher Studentin Dörte Neundorf einverstanden, die keinen Sinn darin sieht, das Studium auf die Vermittlung genereller Überblicke zu reduzieren: „Gerade was Arbeitstechniken und Methodik angeht, habe ich

am meisten bei der intensiven, selbständigen Beschäftigung mit einem sehr speziellen Sachverhalt gelernt.“

„Was kostet ein Student, der nebenher schon jobbt und sein Studienprogramm über eine größere Zahl von Semestern streckt, mehr als einer, der das volle Programm in der Regelstudienzeit absolviert?“ fragte HRK-Präsident Professor Hans-Uwe Erichsen und warnte davor, das kurze Studium als Kostenfaktor überzubewerten und das Einhalten der Regelstudienzeit als Zwangsmaßnahme zu verordnen. Ferner klagte er über die Abhängigkeit der Bildungspolitik von der Finanzpolitik und äußerte die Sorge, daß die Verweigerung einer besseren Ausstattung der Hochschulen durch den Bund den geplanten Bildungsgipfel und die dringend nötigen Reformen zum Scheitern brächten.

Dem hielten die Wirtschaftsvertreter entgegen, daß gerade

unter dem Zwang des knappen Geldes der Wettbewerb erwache und folgerten, die Universitäten müßten so umstrukturiert werden, daß sie jeweils autonom ihr eigenes Profil bilden und in Konkurrenz zur Effektivitätssteigerung kommen könnten. Mehr Autonomie forderte auch der Rektor der Universität Dortmund, Professor Detlef Müller-Böling.

Doch würde diese Handlungsfreiheit von den Universitäten auch wirklich genutzt? Der saarländische Wissenschaftsminister Diether Breitenbach ist skeptisch, denn er macht in seinem Bundesland die Erfahrung, daß die Personalhoheit der Hochschule gar nicht zu mehr Selbstbestimmung und Flexibilität führt. Auch Mittelstraß formulierte in seinem Schlußstatement selbstkritisch: „Was uns fehlt, ist nicht die von außen zugestandene Autonomie, sondern die wahrgenommene. Wir haben die Möglichkeiten!“

Die Welt

6.3.93

Kopie